

Antrag

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Sandro Kappe, Stephan Gamm,
Dr. Anke Frieling, David Erkalp (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/221

Betr.: Mobilitätswende endlich einleiten, Dieselfahrverbote aufheben, alternative Antriebe stärken, emissionsarme Mobilität fördern, Hamburgs Verkehre müssen endlich wieder fließen

Hamburg ist das pulsierende Herz einer Metropolregion mit über 5 Millionen Einwohnern, Hafenstandort von Weltrang und Verkehrsdrehscheibe *für* Norddeutschland und *nach* Nordeuropa. Ob auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zum Kunden, zum Patienten, zum Sport oder um Familie und Freunde zu besuchen – mobil zu sein, ist ein menschliches Grundbedürfnis. Mobilität ist unverzichtbar für jeden und für alle zusammen. Mobilität ist das Lebenselixier für eine lebendige Zivilgesellschaft, eine funktionierende Öffentlichkeit und eine florierende Wirtschaft. Mobilität bewegt die Menschen.

Die Ende Mai 2018 vom rot-grünen Senat, vor allem auf Betreiben von Umweltsenator Kerstan (GRÜNE), in Kraft gesetzten, seinerzeit bundesweit ersten Dieselfahrverbote für die Max-Brauer-Allee und die Stresemannstraße haben der Mobilität in Hamburg schweren Schaden zugefügt. Auf einen Schlag wurde die Bewegungsfreiheit der Halter von über 200.000 in Hamburg zugelassenen Dieselfahrzeugen, die nicht die Abgasnorm Euro 6 für Pkw beziehungsweise Euro VI für Lkw erfüllen, massiv eingeschränkt.

Als CDU-Bürgerschaftsfraktion haben wir diese mobilitätsfeindliche Symbolpolitik, die sich von Sachlichkeit losgelöst hat, von Anfang an abgelehnt. Dies galt und gilt umso mehr, als dass sich das Verkehrsaufkommen in den umliegenden Straßen sowie die Zahl der Staus auf den Alternativrouten erhöht haben. Dies wiederum hat zu einem erhöhten Kraftstoffverbrauch mit umso höheren verkehrsbedingten Immissionen geführt. Gesamtstädtisch waren und sind die rot-grünen Fahrverbote insbesondere für die Luftqualität ein kompletter Reinfall. Zumal die Kontrolle der Einhaltung der widersinnigen Vorgaben in der Praxis ein Ding der Unmöglichkeit war und unzählige der grundsätzlich knapp bemessenen Polizeieinsatzstunden dafür verschwendet wurden.

Wir waren und sind der Überzeugung, dass nicht durch Bevormundung und Verbote, sondern nur durch technische Innovationen, Anreize und Vorbilder der Weg hin zu wirksamem und nachhaltigem Klima- und Umweltschutz gelingen kann. Zentrale Voraussetzung zur Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sind insbesondere Angebote umweltschonender Alternativen. Zu diesem Zweck haben wir im vergangenen Jahr sowohl ein umfangreiches Mobilitätskonzept¹ als auch ein umfassendes Umwelt- und Klimaschutzkonzept² mit zusammen rund 150 Maßnahmen vorgelegt.

¹ <https://www.cdu-hamburg.de/fileadmin/content/Varia/Mobilitaetskonzept.pdf>.

² http://docs.dpaq.de/15603-klima-_und_umweltpolitiches_konzept_der_cdu_hamburg.pdf.

Vor diesem Hintergrund sollten die rot-grünen Dieselfahrverbote nicht nur sofort aufgehoben werden. Vielmehr sollte diese Aufhebung durch ein gezieltes Maßnahmenbündel für mehr Mobilität mit weniger Emissionen begleitet werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen, das Petitum aus Drs. 22/221 durch folgendes Petitum zu ersetzen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die für die Max-Brauer-Allee und die Stresemannstraße geltenden Durchfahrtsbeschränkungen für bestimmte Dieselfahrzeuge unverzüglich aufzuheben.
2. die Zahl der Elektroladepunkte in Hamburg bis zum Jahr 2021 auf 3.000 zu erhöhen und hierbei einen klaren Schwerpunkt auf die Erhöhung der Zahl der Schnellladepunkte setzen.
3. bis 2021 zehn Wasserstofftankstellen in Hamburg zu errichten.
4. die Machbarkeit der Nachrüstung von Straßenlaternen mit Elektroladepunkten für Kraftfahrzeuge (Kfz) zu prüfen und bei der Prüfung unter anderem
 - a) die Zuverlässigkeit verschiedener Lösungen unter Berücksichtigung eines angemessenen Preis-Leistungs-Verhältnisses,
 - b) die Möglichkeiten der Einwerbung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union,
 - c) die Identifizierung besonders geeigneter und/oder aktuell stark unterversorgter Potenzialgebiete zu berücksichtigen.
5. aufbauend auf den Ergebnissen der Machbarkeitsuntersuchung ein Programm zur Umrüstung von Straßenlaternen zu kombinierten Ladepunkten mit dem Ziel aufzulegen, bis 2025 mindestens 5.000 Straßenlaternen entsprechend um- beziehungsweise nachzurüsten.
6. die Errichtung privater Ladepunkte in Eigentümergemeinschaften zu erleichtern und sich auf Bundesebene für eine steuerliche Förderung einzusetzen.
7. in der laufenden Wahlperiode mit der Ausnahme bestimmter Rettungs- und Einsatzfahrzeuge sämtliche Fahrzeuge städtischer Stellen auf alternative Antriebe umzurüsten.
8. sich aktiv für die Umsetzung von innovativen technischen Lösungen, wie die Nach- und Umrüstung, einzusetzen und sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Automobilkonzerne die entsprechenden Maßnahmen zur Um- und Nachrüstung übernehmen.
9. Forschungseinrichtungen und -projekte zu unterstützen, die dazu dienen, Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zu entwickeln.
10. bereits laufende Projekte, wie den Ausbau der E-Mobilität, die Optimierung von Ampelschaltungen, Anreize für die Nutzung von alternativen Kraftstoffen et cetera, zu intensivieren und voranzutreiben.
11. weitere Alternativmaßnahmen zu erarbeiten, die zur Verbesserung der Luftqualität Hamburgs beitragen.
12. der Bürgerschaft bis zum 31. August 2020 hierüber einen ersten Zwischenbericht vorzulegen und danach fortlaufend einmal jährlich über den Umsetzungsstand zu berichten.